

Hessens Schulen im Handy-Rausch: Ab 2025 kommt das Verbot!

Hessen plant ab 2025 ein bundesweites Handyverbot an Schulen. Bundesländer treffen Entscheidungen zur Handynutzung in Klassenräumen.

Hessen, Deutschland - In Deutschland gibt es derzeit eine wachsende Diskussion über die Nutzung von Handys an Schulen, angestoßen durch verschiedene Bundesländer, die unterschiedliche Regelungen planen. Hessen führt dabei eine Vorreiterrolle ein, indem Kultusminister Armin Schwarz (CDU) ein generelles Handyverbot für private Nutzung an Schulen ab dem Schuljahr 2025/2026 propagiert. Ab August 2024 müssen Schüler in Hessen ihre Smartphones im Unterricht nicht mehr nutzen, wobei sie die Geräte weiterhin mitbringen dürfen. Ausnahmeregelungen für weiterführende Schulen sind denkbar, solange Lehrer oder Schulen dies gestatten. In Hessen sind private Handynutzungen nur in begründeten Ausnahmen, wie in Notfällen, erlaubt. Diese Regelungen betreffen auch andere digitale mobile Endgeräte, wie Smartwatches und Tablets. Schwarz kritisiert das Verhalten von Kindern auf Schulhöfen, die eher am Handy chatten als mit anderen zu spielen oder zu kommunizieren, wie **DW** berichtet.

Mehrere Bundesländer zeigen Interesse an ähnlichen Einschränkungen oder diskutieren alternative Lösungen. In Bayern beispielsweise dürfen Grundschüler Handys und Tablets nur mit pädagogischer Begleitung nutzen, während ein generelles Verbot der privaten Nutzung an Schulen besteht. Thüringen möchte auch Nutzungseinschränkungen für Handys während der Schulzeit implementieren. Auf der anderen Seite

erachten Sachsen-Anhalt und Hamburg flächendeckende Verbote als nicht sinnvoll. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kritisiert das Handyverbot zudem als unrealistisch und fordert stattdessen eine verantwortungsvolle Nutzung von Smartphones, wie die **Sächsische** berichtet.

Regelungen und Planung in den Bundesländern

Baden-Württemberg plant eine gesetzliche Regelung zur Handynutzung, sieht jedoch kein generelles Verbot als notwendig an. In Niedersachsen wird betont, dass viele Schulen bereits über Schulordnungen die Handynutzung einschränken können. In Nordrhein-Westfalen sollen verbindliche und altersgerechte Regelungen für die Handynutzung entwickelt werden, während Brandenburg an einer einheitlichen Regelung für Grundschulen arbeitet, die Handys nicht grundsätzlich verbannen soll.

Im europäischen Kontext sind ähnliche Entwicklungen zu beobachten. Dänemark plant ein gesetzliches Verbot für private Handys und Tablets in Schulen, welches im Februar 2025 angekündigt wurde. Frankreich hat seit 2010 ein umfassendes Handyverbot an Schulen, das seit 2018 auch Pausen und außerunterrichtliche Aktivitäten umfasst. In den Niederlanden soll ab Januar 2024 ein Handyverbot an weiterführenden Schulen gelten, wobei Ausnahmen für Medienkompetenz oder besondere Bedürfnisse möglich sind. Auch Italien hat seine Handynutzung im Unterricht verschärft, um den Respekt gegenüber Lehrkräften zu fördern. Diese internationalen Beispiele zeigen, dass das Thema in weiteren Ländern erfolgreich umgesetzt wurde und auch in Deutschland kontrovers diskutiert wird, wie das **Deutsche Schulportal** darlegt.

Insgesamt zeigt sich, dass die Diskussion um Handyverbote in Schulen in Deutschland an Dynamik gewinnt. Während einige Bundesländer klare Schritte zur Regelung etablieren, bleibt die

Umsetzung in den Schulen unterschiedlichen Interpretationen unterworfen. Die gesellschaftliche Debatte über den Einfluss von Smartphones auf die Bildung und soziale Interaktion von Schülern bleibt daher ein zentrales Thema im Schulwesen.

Details	
Vorfall	gesetzgebung
Ort	Hessen, Deutschland
Quellen	• www.saechsische.de • www.dw.com • deutsches-schulportal.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de